



Herausforderung für gesamte Gesellschaft

Aiman A. Mazyek: „Wir haben in erster Linie ein Problem mit dem Rassismus“

„Es ist uns wichtig, dass Thüringen als das Bundesland, aus dem die NSU-Täter kommen, einen stärkeren Akzent auf die Opferperspektive legt“, betonte Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, am 19. April auf der Pressekonferenz mit Aiman A. Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland.

Am Vorabend hatte Aiman A. Mazyek die Ringvorlesung der Erfurter Universität zum Thema „Migration. Inklusion. – Chancen, Herausforderungen, Perspektiven“ eröffnet und Bodo Ramelow hatte zu Beginn der Pressekonferenz daran erinnert, dass der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime bereits auf der Gedenkveranstaltung für die Opfer des NSU-Terrors am 28.11.2011 vor der Staatskanzlei in Erfurt gesprochen hatte.

„Wir haben in Deutschland in erster Linie ein Problem mit dem Rassismus“, der immer wieder bagatellisiert werde, erklärte Mazyek und sprach von einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung, die viel stärker angenommen werden müsse. Martina Renner, stellvertretende Vorsitzende im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss, verwies auf den von der LINKEN schon vor geraumer Zeit vorgeschlagenen Gedenk- und Mahnort in Thüringen für die Opfer des Nazi-Terrors, ein Vorschlag, der von der Ministerpräsidentin Zusage erfahren hatte, und den die Abgeordnete erneuerte. Jedoch stünden

auch die Kommunen in der Verantwortung, denn sechs Menschen sind in den Jahren nach 1990 durch Nazi-Hand in Thüringen ermordet worden.

Auf der Internetseite der Fraktion kann unter www.die-linke-thl.de das Video der Pressekonferenz auf YouTube angesehen werden sowie der Beitrag beim Erfurter Sender salve.tv: Bodo Ramelow & Aiman A. Mazyek im Gespräch.

keitsprinzip sind.“ In den vergangenen Wochen hatte es heftige Kritik wegen der Platzvergabe an Journalisten gegeben, die nun neu geregelt werden soll.

Die LINKE-Abgeordnete hatte bereits im Vorfeld „mangelnde Sensibilität und keine dem Verfahren adäquate Verfahrensweise durch den Vorsitzenden Richter“ kritisiert. „Wir fordern ein transparentes und angemessenes Akkreditierungsverfahren. Es muss si-



Bereits am 15. April hatte nach der Entscheidung des Oberlandesgerichts München, den NSU-Prozess zu verschieben, Martina Renner, gesagt: „Dies ist ein einmaliger Vorgang, dass ein Gericht vom Bundesverfassungsgericht erklärt bekommt, was rechtsstaatliche Kriterien beim Öffentlich-

chergestellt werden, dass Journalisten die Öffentlichkeit als Berichterstatter vor Ort über das Verfahren informieren können – sei es auch über eine Videoübertragung in einen Nebenraum. Wir fordern mehr Plätze, insbesondere für internationale Medien und für Angehörige der Opfer“, so Renner.

AKTUELL

„Keinen Meter“-Protest anschließen

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ruft dazu auf, sich den Protestaktionen des Bündnisses „Keinen Meter“ am 1. Mai in Erfurt anzuschließen und den Neonazis die Stirn zu bieten.

Zugleich hatte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Martina Renner, am 19. April in einer Pressemitteilung kritisiert: „Es ist schlicht nicht hinnehmbar, dass bereits zwei Wochen vor dem 1. Mai Menschen polizeilichen Schikanen ausgesetzt werden, wenn sie sich verabreden, Nazi-Propaganda in Erfurt auf öffentlichen Plätzen zu entfernen.“ Die Abgeordnete forderte eine Erklärung des Innenministeriums zu diesem skandalösen Vorge-

hen. Das Bündnis „Keinen Meter“ hatte mitgeteilt, dass am 18. April Menschen, die sich zu einer Putzaktion verabredet hatten, schon von der Polizei erwartet und aufgefordert wurden, ihre Personalien zu nennen.

Auf Nachfrage, was der Grund der Überprüfung sei, gab die Polizei an, dass es eine angemeldete Aktion des Aktionsbündnisses gegen Rechts gäbe und es völlig normal sei, vor angemeldeten Veranstaltungen Personenkontrollen durchzuführen.

„Die für die Identitätsfeststellung durch die Beamten gelieferte Begründung ist hanebüchen und demonstriert offenkundige Bereitschaft, Rechtsgrundlagen für Datenerhebungen zu missachten. Eine Putzaktion ist weder anmelde- noch anzeigepflichtig und es

gab auch keine Versammlung. Außerdem müsse die Frage beantwortet werden, mit welcher Begründung die Polizei überhaupt eine Gefahrenlage gesehen hat, wenn in der Stadt massenweise auffindbare Naziaufkleber entfernt werden sollen“, hatte Martina Renner gefordert.

Im Zusammenhang mit dem Aufruf der Linksfraktion zur Teilnahme an den Protesten gegen den Naziaufmarsch, dazu gibt es jetzt auch am Rande der April-Landtagssitzung eine Mobilisierungsaktion, warnte die Abgeordnete, dass mit solchem Agieren der Polizei, wie am 18. April, offenbar versucht werden soll, gesellschaftliche Gegenwehr gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Erfurt und sinnvolle „Putzaktionen“ zu behindern.

KOMMENTIERT:

von Katharina König

Perfide Äußerungen

Eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen sind die fremdenfeindlichen Äußerungen, die vom Vorsitzenden der Thüringer Tierschutzpartei, Harald von Fehr, unter dem Deckmantel des Tierschutzes verbreitet werden. Mir liegt eine Rundmail von ihm vor mit mehreren Fotos von Wildschweinen und einem Text, in dem es darum geht, dass sich in der europäischen Schweinefamilie die Alten um die Jüngeren kümmern, diese diszipliniert seien, keine Kopftücher tragen, „keine fremden Frauen anmachen“ und auch keine BMW-Autos stehlen würden, „aber das schlimmste“ sei, „auf die darf geschossen werden!“

Diese perfide Gegenüberstellung mit rassistischen Klischees offenbart deutlich, wie unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Tierliebe und der Interessen des Tierschutzes Fremdenfeindlichkeit geschürt werden soll. Da durch die Anspielungen offenkundig zur Diskriminierung von Menschen einer bestimmten ethnischen oder religiösen Herkunft aufgestachelt werden soll und bestimmte Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig mit verächtlichen Äußerungen überzogen und verleumdet werden, habe ich die Staatsanwaltschaft Gera um Prüfung der Strafbarkeit nach Paragraph 130 gebeten. Fehr ist bereits in der Vergangenheit im Zusammenhang mit der rechten Szene auffällig geworden. In mehrere Ausgaben einer Zeitschrift Thüringer Neonazis („Der Rennsteigbote“) hat er als Autor mitgewirkt und wird namentlich erwähnt. Heute wird die Zeitschrift offiziell von der Thüringer NPD bzw. dessen Kreisverband in Gotha herausgegeben.

In den letzten Jahren hat es mehrfach Aktionen von Neonazis unter dem Deckmantel des Tierschutzes gegeben, durchgeführt vor allem „Autonomen Nationalisten“. Als im Herbst 2009 eine Thüringer Zeitung über die Instrumentalisierung des Tierschutzes durch Neonazis berichtete, wurden kurz darauf die Scheiben einer Lokalredaktion eingeschlagen und mehrere Dutzend Neonazis marschierten auf. Ich erwarte von der Thüringer Tierschutzpartei eine Distanzierung von ihrem Vorsitzenden.

Die Staatsanwaltschaft Gera teilte am 18.4. mit, dass gegen den Vorsitzenden der Thüringer Tierschutzpartei ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet wurde.